Gabriele Schmidt

GEFLÜCHTETE ALS CHANCE FÜR SCHRUMPFENDE KOMMUNEN?

Ein Besuch in Goslar

Interviewtermin in Goslar. Auf dem Hinweg passiere ich kleine, verschlafene Dörfer mit roten Backsteinhäusern. Dazwischen Wiesen und Felder, wenige Menschen. Als Stadtkind fühle ich mich, als ob ich ans Ende der Welt fahre.

Die Stadt Goslar liegt landschaftlich reizvoll zwischen den nordwestlichen Ausläufern des Harzes und zählt heute gut 50.000 Einwohner, in der Kernstadt leben knapp 30.000 Menschen. Seit 1975 ist die Einwohnerzahl kontinuierlich gesunken, das Statistische Landesamt Niedersachsen geht in seinen Prognosen von einem Bevölkerungsrückgang von 20,9% bis zum Jahr 2030 aus. So wie Goslar geht es vielen Kleinstädten und Dörfern im Harz: Die Stadtbevölkerung wird immer älter, das Verhältnis von Geburten- und Sterberate ist schon länger unausgeglichen, die Einwohnerzahl schrumpft. Das bleibt nicht ohne Folgen für die Infrastruktur. Eine Negativspirale aus Bevölkerungsalterung, Abwanderung, Leerstand und Attraktivitätsverlust setzt sich in Gang. Dabei blickt diese über tausend Jahre alte Weltkulturerbe-Stadt auf eine bewegte Geschichte zurück: Pfalz des Heiligen Römischen Reiches, Königspfalz, Kurstadt, „Reichsbauernstadt" im Nationalsozialismus, Grenzstadt mit Zonenrandförderung, neue Mittellage seit der Wiedervereinigung.

© Gabriele Schmidt

„Nichts spricht dagegen, aber vieles dafür"

Im November 2014 machte Goslar durch seinen Oberbürgermeister Schlagzeilen: Dr. Oliver Junk (CDU) schlug vor, die Stadt solle mehr Geflüchtete aufnehmen, als sie müsste. Sein Argument: Während andere Städte händeringend Unterkünfte für Geflüchtete suchten und anfingen, Container-Dörfer zu bauen und Turnhallen umzunutzen, stünden in Goslar in manchen Vierteln ganze Häuserblocks leer (Die ZEIT 27.11.2014). Wenn die Geflüchteten stattdessen nach Goslar kämen, hätten sie eine richtige Unterkunft, die Stadt hätte weniger Leerstand und die umliegenden Großstädte ein Problem weniger. Im Hinblick auf die demografischen Probleme der Stadt rief er dazu auf, die Geflüchteten als Chance wahrzunehmen.

Ist die Zuwanderung von Geflüchteten in schrumpfende Dörfer und Kleinstädte also eine Win-win-Situation? Junk ist nicht der erste, der eine derartige Idee äußert, und auch andere Bürgermeister wie z. B. Andreas Brohm aus Tangerhütte im Landkreis Stendal betonen die Chancen der Zuwanderung für die Aufrechterhaltung von Infrastrukturleistungen (vgl. Brohm 2017). Nur wie steht es um die Integrationspotenziale von Kommunen im ländlichen Raum? Welche Lebensperspektiven bieten sie Geflüchteten? Und kann die Zuweisung von Geflüchteten an Kommunen im ländlichen Raum vor Ort tatsächlich die Folgen des demografischen Wandels abmildern? Mittlerweile gibt es hierzu zahlreiche Forschungsprojekte, Studien und Positionspapiere; in den Medien wird das Thema kontrovers diskutiert (z.B. u.a. Aumüller/Gesemann 2016; BBSR 2017; ARL 2016; Süddeutsche 2017; MDR 2016).

Geflüchtete aufs Land!?

Der Ausgangspunkt der Debatte lautet: Die Erstverteilung von Geflüchteten auf die Bundesländer nach dem Königssteiner Schlüssel ist reformbedürftig. Dieser berücksichtigt zu zwei Dritteln das Steueraufkommen und zu einem Drittel die Einwohnerzahl. Er wird jährlich neu berechnet und ist insofern ein flexibles Steuerungsinstrument. Die weitere regionale Verteilung auf die Landkreise und kreisfreien

Städte erfolgt durch die Länder nach landesspezifischen Kriterien, in der Regel nach Einwohnerzahl, teilweise auch im Hinblick auf die Fläche und den Ausländeranteil (vgl. Mehl et al. In BBSR 2017: 92). Kritisiert wird die Verteilung über den Königssteiner Schlüssel, weil dieser zwar die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesländer berücksichtige, nicht aber die Unterbringungskapazitäten. Dies habe zur Folge, dass ein Großteil der Geflüchteten in die städtischen Ballungsräume der westdeutschen Bundesländer ziehe, und dort in die Städte mit angespannten Wohnungsmärkten. Ferner blieben andere Kriterien wie vorhandene Arbeits- und Ausbildungsangebote, Wohnungsleerstände und demografischer Handlungsbedarf, zivilgesellschaftliches Engagement und die Einstellungen der lokalen Bevölkerung unberücksichtigt (vgl. IW Köln 2016: 45 ff; Milbert 2017: 76; Dehne/Knieling 2016).

Die Befürworter einer stärkeren Verteilung von Geflüchteten auf Kommunen im ländlichen Raum setzen hier an. So schlägt z. B. das Forschungsinstitut empirica vor, bei der Unterbringung der Geflüchteten stärker deren familiäre Situation zu berücksichtigen und Familien eher auf Kommunen in ländliche Regionen, alleinstehende junge Männer dagegen in größeren Städten unterzubringen. Die Argumentation ist stark normativ und setzt auf die Überschaubarkeit und Nähe des Zusammenlebens: „Gerade in den überschaubaren Strukturen der Dörfer und Kleinstädte, in denen jeder jeden kennt, wird die Integration von zugewanderten Kindern und deren Eltern durch die ansässigen Kinder und deren Eltern schneller gelingen als in großen Städten, in denen zwar die Zahl der Bewohner größer ist, diese aber in der Anonymität verschwinden. In der Regel kann dabei auch auf funktionierende Dorfstrukturen – vom Sportverein bis zur Nachbarschaftshilfe – aufgebaut werden" (empirica 2015: 7). Weiterhin werden auch bessere Chancen auf einen Arbeitsplatz gesehen, weil in „eher ländlichen Regionen einer steigenden Arbeitsnachfrage ein durch Abwanderung sinkendes Angebot gegenüber steht" (ebd.). Die Schulkapazitäten seien oft nicht ausgelastet, im Gegenteil, die neu Hinzuziehenden könnten „eine – und vermutlich die letzte – Chance auf einen Erhalt der Schulen vor Ort sein" (ebd.). Die Ballungsräume könnten dagegen entlastet und ethnische Segregation verhindert werden.

Diese Argumentation stand wohl auch Pate bei der von der Bundesregierung rückwirkend zum 1. Januar 2016 eingeführten Wohnsitzregelung (§ 12a AufenthG). Darin werden Asylberechtigte, Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte, die Leistungen nach SGB II oder SGB XII beziehen, dazu verpflichtet, für die Dauer von drei Jahren in dem Bundesland ihren Wohnsitz zu nehmen, dem sie während des Asylverfahrens zugewiesen wurden. Darüber hinaus wurde den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, den Geflüchteten einen bestimmten Wohnort zuzuweisen, wenn dies ihre Versorgung mit angemessenem Wohnraum, dem Besuch eines Sprachkurses sowie der Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung förderlich ist. Ausgenommen von dieser Regelung sind Personen, die selbst oder deren Angehörige einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in einem Mindestumfang von 15 Stunden pro Woche nachgehen.

© GOSLAR marketing gmbh, Fotograf Stefan Schiefer

Marktbrunnen in Goslar

Kritiker dieses Ansatzes bemängeln, dass hier versucht werde, mit einer ordnungsrechtlichen Maßnahme die notwendigen und komplexeren Aufgaben einer gezielten Raumordnungspolitik für infrastrukturschwache Räume zu lösen (vgl. Dehne/Knieling 2016: 7). Plakativer drückt es der Journalist und Architekturkritiker Dankwart Guratzsch aus: „Ohne gezielten Wiederaufbau der Landeskultur kann die Sesshaftmachung und Integration von Zugewanderten auf dem Land ebenso wenig gelingen wie das Festbinden der Einheimischen an ihren angestammten Wohnsitzen. Stabilisierung des flachen Landes durch Menschenimport funktioniert nicht" (Guratzsch 2017). Selbst wenn man nicht so weit gehen will und berücksichtigt, dass diese Regelung den Kommunen zumindest ein Mindestmaß an Planungs- und Investitionssicherheit verschafft, die sie z. B. beim Bau von Kindertageseinrichtungen und anderen sozialen Infrastrukturleistungen brauchen, sind es insbesondere Faktoren auf der Ressourcenseite, die in ländlichen Räumen als integrationshemmend gelten. In diesem Zusammenhang werden oft die geringere Siedlungsdichte sowie die größeren räumlichen Entfernungen angeführt, die ohne eigenes Auto nur schwer zu überbrücken sind. In ländlichen Räumen ist es deswegen grundsätzlich schwieriger, ein ausreichendes, bedarfsgerechtes und differenziertes Integrationsangebot zu gewährleisten. Kleinere Städte verfügen über weniger Verwaltungspersonal und finanzielle Ressourcen, oft fehlt es an notwendigen Mitteln und Know-how, um eine aktive und strategische Integrationspolitik zu betreiben. Während Geflüchtete in Großstädten auf ein unterstützendes Netzwerk von bereits ansässigen Landsleuten und Migrantenorganisationen zurückgreifen können, fehlt diese wichtige Brücke in die Aufnahmegesellschaft häufig in Kommunen infrastrukturschwacher Regionen (vgl. hierzu Aumüller/Gesemann 2016, zur Bedeutung von Mittelzentren in diesem Zusammenhang vgl. ARL 2016: 7 ff.).

Die Situation vor Ort ist differenzierter

Es gibt also sowohl Integration unterstützende als auch Integration behindernde Lebensumstände in ländlichen Räumen, von einer Win-win-Situation kann nicht automatisch ausgegangen werden. Welche Einflussfaktoren überwiegen, hängt selbstredend auch stark von der Lebenssituation der Geflüchteten ab, z. B. ihrer Ausbildung, ihrer Offenheit und Bereitschaft, sich auf eine neue Kultur einzulassen, von ihren Wohnwünschen und Lebenszielen und nicht zuletzt auch von den Traumata, die sie erlebt haben. Darüber hinaus nehmen Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung sowie engagierte zivilgesellschaftliche Akteure eine wichtige Rolle ein. So kommen z. B. Mehl et al. (2017: 98) in einer Studie über die Integrationsarbeit in verschiedenen Kommunen im Landkreis Wolfenbüttel zu dem Ergebnis, dass Unterschiede in den Integrationserfolgen vor Ort „nur teilweise strukturelle Hintergründe" hätten und „in erster Linie auf die Tätigkeit und das Engagement einzelner besonders erfolgreicher Macher(innen) in Politik, Verwaltung und Ehrenamt zurückzuführen" seien. Ferner weisen sie, wie auch die anderen Autorinnen und Autoren im BBSR-Themenheft „Flüchtlinge – Zwischen Ankommen und Zusammenleben" (BBSR 2017), darauf hin, dass es *den* ländlichen Raum nicht gibt, sondern auch hier genau hingesehen werden muss. Je nach Lage (zentral oder peripher) und wirtschaftlichem Entwicklungspotenzial (z. B. altindustrielles Gebiet vs. Tourismusgebiet) unterscheiden sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen, also der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Infrastrukturleistungen der Daseinsvorsorge, zu Kultureinrichtungen und Kommunikationsmitteln deutlich (vgl. hierzu z. B. Milbert 2017, auch ARL 2016: 6). Diese räumlichen Disparitäten und die damit verbundenen Teilhabe- und Integrationschancen gelte es bei der Verteilung von Geflüchteten ebenso zu berücksichtigen wie deren individuelle Lebensumstände.

Sollte angesichts der sozialräumlichen Disparitäten, der komplexen Gemengelage von Einflussfaktoren und der unsicheren Erfolgsaussichten von Integrationsmaßnahmen besser Abstand genommen werden von der Idee, dass Geflüchtete eine Entwicklungschance sind für vom demografischen Wandel betroffene Kommunen? Nicht unbedingt. Aber statt auf die Verklärung von sozialen Beziehungen in dörflichen Strukturen zu setzen, geht es darum, frühzeitig die lokalen „Macherinnen und Macher" zu finden und diese in ihrem Engagement bestmöglich zu unterstützen. Die ARL hat in ihrem Positionspapier von 2016 darüber hinaus einige weiterführende Ideen unterbreitet, wie Migrations- und Regionalpolitik strategisch zusammengeführt werden könnten. Hierzu zählen z. B. die Vorschläge, in den Mittelzentren Bildungs- und Qualifizierungszentren sowie auf der regionalen Ebene querschnittorientierte Regionalmanagements einzurichten, um die vielen sektoralen Maßnahmen der Integrationspolitik miteinander zu verzahnen (vgl. ARL 2016: 9). Weiterhin wird von den Autorinnen und Autoren die Einrichtung eines Fonds begrüßt, in den Bund und Länder einzahlen und aus dem Kommunen und Landkreise je nach ihrer Belastung Zuschüsse für Integrationsmaßnahmen erhalten. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, das LEADER-Programm der EU zur Förderung von innovativen Aktionen im ländlichen Raum für die Förderung von lokalen Integrationsprojekten zu nutzen (vgl. ARL 2016: 9). Ein Modellprojekt, das in diese Richtung weist, wurde z. B. von der hessischen Landesregierung im Sommer 2016 verabschiedet (Modellprojekt „Ankommen – Wohlfühlen – Heimisch werden").

© Goslar marketing gmbh, Stefan Schiefer

Typische Gasse im Stadtbild von Goslar

Interview

INTEGRATIONSPOLITIK DREI JAHRE NACH DEN SCHLAGZEILEN

Ein Gespräch mit Dr. Oliver Junk, Oberbürgermeister von Goslar, über fehlende Nachwuchskräfte, die Aufnahme von Geflüchteten und Integrationspotenziale des ländlichen Raums

Das Interview führte Gabriele Schmidt.

Ankunft am Bahnhof Goslar. Es regnet, Sturmtief Xavier ist im Anmarsch. Ich lege die letzte Strecke zum Interviewtermin zu Fuß zurück, damit ich einen ersten Eindruck von der Stadt bekomme. Schön ist es hier, denke ich. Und: Hier lässt es sich doch leben. Dann konzentriere ich mich auf das anstehende Gespräch. Oberbürgermeister Junk ist CDU-Mitglied, früher war er in der CSU. Ich bin neugierig auf den Mann, der bereits vor der Flüchtlingskrise 2015 die Unterbringung von Geflüchteten thematisiert hat und mehr Menschen aufnehmen wollte, als die Stadt musste. Mich interessiert, was aus seinem Vorschlag geworden ist. Wie viele Geflüchtete hat die Stadt in den vergangenen drei Jahren aufgenommen? Und wie funktioniert die Integration vor Ort? Ist Junk einer dieser engagierten „Macher", die so wichtig für eine erfolgreiche Integrationspolitik vor Ort sind?

Herr Dr. Junk, wenn Sie die Stadtentwicklung von Goslar in fünf Sätzen beschreiben müssten, vor welchen Herausforderungen stehen Sie aktuell?
Die Stadt wird in wenigen Jahren 1100 Jahre alt. In den letzten 15 Jahren wurde sie sehr stark von Diskussionen über Bevölkerungsalterung und Wohnungsleerstand geprägt. Während viele Großstädte seit Jahren wachsen, dünnt sich der ländliche Raum aus. Goslar hat wenig Industrie, in den Hotels gibt es seit 1972 einen Sanierungsstau, mit der Wiedervereinigung ist die Zonenrandförderung weggefallen und es gibt ein Fördergefälle nach Sachsen-Anhalt. Allerdings spüre ich an der Stimmung in der Stadt, dass wir gerade dabei sind, diese Diskussionen hinter uns zu lassen. Die Wirtschaft ist stabil, die Bevölkerung wächst wieder und wir machen uns wieder Gedanken über die Schaffung von Wohnraum. Das hat nicht nur etwas mit der Aufnahme von Flüchtlingen zu tun. Goslar ist aktuell in Aufbruchsstimmung.

Sie haben bereits im November 2014 vorgeschlagen, dass die Stadt mehr Geflüchtete aufnehmen könnte, als sie müsste. Was erhoffen sie sich für die Stadt davon?
Zunächst war mein Gedanke nicht ökonomisch oder stadtentwicklungspolitisch motiviert, sondern er ist in einer Zeit entstanden, als in Berlin, Hamburg und München die ersten Zeltstädte aufgebaut wurden und die Bürgermeister dieser Städte fragten, wie sie den Andrang eigentlich bewerkstelligen sollen. Währenddessen war in Klein- und Mittelstädten noch überhaupt kein Flüchtling zu sehen. Ich habe mir von Anfang an die Frage gestellt, ob die Verteilung nach dem Königssteiner Schlüssel eigentlich die richtige ist. Diese Art der Verteilung hat am wenigsten Diskussionen hervorgerufen, aber sie war meiner Meinung nach die falsche. Daraus habe ich geschlossen, dass eine Stadt wie Goslar, die 15 Jahre danach gerufen hat, dass Menschen kommen, die Geflüchteten auch als Chance begreifen sollte. Das war der Ursprung meines Vorschlags und davon habe ich nichts zurückzunehmen.

Worin haben Sie ganz konkret die Chancen für Goslar gesehen?
Eine Stadt wie Goslar kann nicht nur vom Espresso-Verkaufen auf dem Marktplatz leben und von Touristen, die Weltkulturerbe erleben wollen. Wir haben hier fast 25.000 sozialversicherungspflichte Arbeitsplätze, täglich pendeln 11.000 Menschen in die Stadt. Es gibt also einen gesunden Mittelstand, der viele tausende Arbeitsplätze schafft. Wenn ich zu den Betrieben fahre und die Geschäftsführer frage, worum ich mich als Oberbürgermeister kümmern soll, dann sagen die nicht: „Schaffen Sie die Denkmalpflege ab" oder „Schauen Sie, dass Ihre Bauverwaltung schneller arbeitet", sondern sie sagen

„Wir werden in den kommen Jahren Probleme haben, ausreichend Nachwuchskräfte zu finden. Wo sollen die jungen Menschen herkommen, die ich brauche, um meinen Betrieb weiterzuführen? Die Bewerberlage wird immer schwieriger, die Bewerber sind schlechter qualifiziert, ich kann nicht mehr auswählen wie früher.“ Wenn ein Unternehmer aber nicht mehr weiß, ob er in den nächsten 10 oder 15 Jahren das nötige Personal für seine nächste Investition findet, wird er diese nicht mehr in Goslar tätigen, sondern woanders. Deshalb muss ich dafür sorgen, dass die Stadt so attraktiv ist, dass Menschen gerne hier leben. Ich muss Menschen dafür gewinnen, hierher zu ziehen und zu leben. Und wenn es mir gelingt, die Geflüchteten, die zunächst einmal mehr oder weniger zufällig hierher kommen, gut zu integrieren, wenn ich sie einbinden kann in die Vereine, in die Stadtgesellschaft, wenn ich Deutschkurse organisiere und sie im besten Fall in Ausbildung und Arbeit integriere, dann fühlen sie sich hier wohl und werden wenig Drang verspüren, nach zwei Jahren woandershin zu ziehen. Das ist die Chance.

Seit Ihrem Vorstoß sind knapp drei Jahre vergangen. Wie bewerten Sie Ihre Erwartungen im Rückblick? Sind sie erfüllt worden, sind die Menschen hier geblieben?
Ich habe immer gesagt: „Kommt in drei Jahren wieder, dann können wir die ersten Erfolge präsentieren.“ Und die gibt es tatsächlich. Ich kann Ihnen von einem syrischen Apotheker erzählen, der mittlerweile in einer Apotheke in Oker arbeitet, oder von einem syrischen Informatiker, der dort in einem IT-Betrieb tätig ist. Ein großer Automobilbetrieb hat mehrere Geflüchtete in sozialversicherungspflichtigen Stellen aufgenommen und ist äußerst zufrieden mit ihnen. Wir können in der Integrationsarbeit also durchaus auf Erfolge verweisen. Wir verschließen aber auch nicht die Augen davor, dass manche Dinge nicht so gut laufen. Manche lernen die deutsche Sprache dann doch nicht so schnell, wie wir es uns gewünscht haben. Auch gelingt die Integration in einen mittelständischen Betreib nicht so leicht wie in einem internationalen Konzern wie z. B. VW, in dem Englisch gesprochen wird. Diese Geschichten können wir natürlich auch erzählen. Mir fällt aber auf, dass wir uns in Deutschland leider keine Mühe geben, von den Erfolgsgeschichten zu berichten.

In Goslar sehe ich im Hinblick auf die Bevölkerungszahlen momentan keinen größeren Drang, aus der Stadt wegzugehen. Eher stehen wir gerade vor der Aufgabe, eine teilweise Überlastung der Grundschulen zu vermeiden – das Schulsprengelthema[1]. Aber alles in allem ist es tatsächlich so, wie ich es mir gewünscht habe. Das Zusammenleben von Alteingesessenen und neu Hinzugezogenen funktioniert hier.

Als sie zu einem vergleichsweise frühen Zeitpunkt Ihren Vorschlag öffentlich geäußert haben, wie wurde dieser von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt aufgenommen? Und wie von der Landesregierung?
Die Landesregierung verhielt sich bei dem ganzen Thema eher behäbig – Königssteiner Schlüssel und gut. Es hieß auch immer, dass der Aufnahmedruck so groß war, dass die Regierung nur noch reagieren konnte und versuchen musste, schnellstmöglich ausreichende Unterbringungen zu organisieren. Die Wahrnehmung war, dass man keine Zeit für strategische Konzepte habe. Für den Sommer 2015 stimmt das auch bestimmt. Aber es wird oft so getan, als ob auf einmal eine Millionen Flüchtlinge vor unserer Grenze standen. So war es nicht. Alle, die sich mit dem Thema vorher beschäftigt hatten, wussten bereits im Frühjahr 2014, welche Aufgaben auf Deutschland und Europa zukommen werden. Es gab schon vor 2015 eine Medienberichterstattung zur internationalen Flüchtlingskrise. Die Landesregierung hat praktisch eineinhalb Jahre nichts gemacht. Diesen Vorwurf muss sie sich schon gefallen lassen.

Und die Bürgerinnen und Bürger in Goslar?
In Goslar ist die Stimmung bei dem Thema – wie überall in Deutschland – sehr gemischt. Sie reicht von Zustimmung, gerade im Hinblick auf den humanitären Gedanken und den Arbeitskräftemangel, bis hin zu kolossaler Ablehnung. Manche Bürgerinnen und Bürger, und gerade auch die lokalen Unternehmen, sehen die Chancen. Andere sagen mir: „Kümmern Sie sich lieber mal um den Spielplatz oder das klemmende Fenster in einer Grundschule.“ Wieder andere sagen, „Sie machen unsere Stadt schlecht, weil Sie überall erzählen, dass wir großen Leerstand haben.“ Nach meinem öffentlichen Vorstoß war es nicht so, dass ich über den Markplatz gegangen bin und mir die Menschen Blumen überreicht haben.

Um noch einmal auf die Zahlen zu kommen: Wie viele Geflüchtete hat Goslar denn in den letzten drei Jahre aufgenommen?
Insgesamt rund 1000 Geflüchtete. Das deckt sich mit dem Königssteiner Schlüssel. Goslar hat nicht besonders viele oder besonders wenige Geflüchtete.

Sie haben also nicht mehr aufgenommen, als sie ohnehin hätten aufnehmen müssen?
Richtig.

Was unternimmt die Stadt, um die Geflüchteten nach ihrer Ankunft zu integrieren?
Mir war schnell klar, dass es für die Integration von Geflüchteten keine Blaupause gibt. Wie die Integration vor Ort funktioniert, hängt von der Stadtstruktur und den

1 Der Begriff Schulsprengel (oft identisch mit dem Schulbezirk) bezeichnet ein abgegrenztes Einzugsgebiet, das einer bestimmten Regelschule zugeordnet ist. Die in diesem Gebiet wohnenden schulpflichtigen Kinder sind der Schule zugeordnet und damit grundsätzlich zum Besuch dieser Schule verpflichtet.

ehrenamtlichen Kräften ab. Als Bürgermeister muss man die starken ehrenamtlichen Akteure finden, die die Integrationsarbeit leisten können. Dies ist in jeder Stadt anders. In manchen Städten sind es die Kirchen, in manchen die Arbeiterwohlfahrt, in anderen sind es die neu gegründeten ehrenamtlichen Initiativen, mit denen Sie ein funktionierendes Integrationsnetzwerk aufbauen. In Goslar gibt es glücklicherweise viel bürgerschaftliches Engagement, zahlreiche Initiativen und Vereine haben sich auf den Weg gemacht und die Integrationsarbeit mit organisiert. Allerdings haben wir zu Beginn völlig unabgestimmt und nebeneinander her gearbeitet. Im Jahr 2016 haben wir dann in der Stadtverwaltung eine hauptamtliche Stelle für eine Integrationsbeauftragte eingerichtet. Galina Gerhart koordiniert nun die Aktivitäten und betreibt vor allem Netzwerkarbeit: Sie begleitet zahlreiche Projekte, von einem regelmäßigen Treffen Geflüchteter mit älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in einem Goslaer Altersheim bis hin zu gemeinsamen Müllsammelaktionen und interkulturellen Kochprojekten.

Welche Bereiche spielen eine Schlüsselrolle bei der Integration von Geflüchteten?
Der Bereich Kinder- und Jugendhilfe: Wenn Sie Kinder und Jugendliche gewinnen, bekommen Sie Kontakt zu den Eltern. Deswegen ist die Betreuung über die Kindergärten und Schulen extrem wichtig. Das Thema Integration in Arbeit ist hingegen nicht unser Kernthema, darum kümmern sich vor allem die Arbeitsagentur und andere Einrichtungen. Aber ich führe regelmäßig Gespräche mit den lokalen Unternehmen und frage, wo es klemmt.

Was antworten die Unternehmen?
Wenn ein Geflüchteter, der einen Ausbildungsplatz gefunden hat und im Unternehmen hervorragende Arbeit leistet, abgeschoben wird, stellt das auch für das Unternehmen ein Problem dar. Ich frage dann an entsprechender Stelle nach, ob die Abschiebung wirklich notwendig ist. Das Thema Einwanderungsgesetz muss jetzt unbedingt angegangen werden. Ich hoffe, dass die neue Regierung das Thema nun ganz nach oben auf die Tagesordnung setzt. So wie es momentan läuft, ist es auch für die Unternehmen frustrierend.

Die CDU hat bei der Stadtratswahl im Jahr 2016 rund 10 Prozent der Wählerstimmen verloren, die AfD ist mit 9,28 Prozent als drittstärkste Kraft in den Rat eingezogen. Hängt dieses Ergebnis mit Ihrer progressiven Integrationspolitik zusammen?
Nein. Das ist ein allgemeiner Trend. Das haben wir bei der letzten Bundestagswahl gesehen. All die Parteikollegen, die mir diesen Vorwurf gemacht haben, müssten mir mit Blick auf die aktuelle Bundestagswahl eigentlich Entschuldigungsbriefe schreiben. Ich habe noch keinen bekommen.

Seit der letzten Bundestagswahl ist noch nicht viel Zeit vergangen, vielleicht kommt noch einer.
Letzte Frage: Wenn Sie einen Blick in die Zukunft wagen, wo steht Goslar im Jahr 2030?
Ich würde mich sehr freuen, wenn wir im Jahr 2030 auf eine Stadt blicken könnten, die in den Jahren zuvor Einwohnerinnen und Einwohner hinzugewonnen hat und deren Bevölkerungszahl stabil ist. Das ist ein ganz wichtiges strategisches Ziel. Eine schrumpfende Bevölkerung wirkt sich dramatisch auf die Infrastruktur einer Stadt aus, auf ihre Attraktivität und letztlich auch auf die Ansiedlung von Unternehmen.

Ich stelle mir Goslar als eine Stadt vor, die durch die Zuwanderung jünger geworden ist und in der in den Jahren zuvor Kindertagesstätten und Schulen wieder ausgebaut wurden. Und ich stelle mir vor, dass wir im Jahr 2030 auf die Zeit der sogenannten Flüchtlingskrise mit einem entspannten Lächeln zurückblicken und sagen: „Schön, dass wir in dieser spannenden Zeit dabei waren."

Herr Dr. Junk, vielen Dank für das Gespräch!

Mein Interview mit Dr. Junk dauert exakt die vorab vereinbarten 30 Minuten. Dann muss er los, ein Kindergarten wartet bereits. Meine Frage, ob ich noch ein lokales Integrationsprojekt besichtigen könnte, greift er auf und bittet die Integrationsbeauftragte Galina Gerhart zu sich ins Büro. Eine kurze Vorstellung, neue Kaffeetasse für Frau Gerhart, ein fester Händedruck, schon eilt er zum nächsten Termin.

DR. OLIVER JUNK
studierte Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg und der Universität Bayreuth und promovierte zum Thema „Das Konnexitätsprinzip in der Bayerischen Verfassung". Er war Mitglied der CDU, wechselte aber mit dem Studienort Bayreuth 1997 zur CSU. Nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister in Goslar 2011 blieb er zunächst CSU-Mitglied, bis er im Juni 2014 wieder zurück zur CDU wechselte. Seine Rede zu einem Umdenken in der Flüchtlingspolitik erlangte bundesweite Aufmerksamkeit und wurde von zahlreichen Medien im In- und Ausland aufgegriffen.

Tel. + 49 5321 704-222
buero.oberbuergermeister@goslar.de

GOSLARS INTEGRATIONSARBEIT IN DER PRAXIS

Galina Gerhart, Integrationsbeauftragte

Galina Gerhart, seit 2016 Integrationsbeauftragte der Stadt Goslar, ist Russlanddeutsche und vor 20 Jahren selbst zugewandert. Goslar sei damals nicht ihr Wunschort gewesen, gibt sie freimütig zu, sie wollte nach Wolfsburg, zu ihrer Familie. Die Wohnsitzauflage machte ihr und ihrem Mann aber einen Strich durch die Rechnung. Es blieb bei Goslar. War das ein Problem? Gerhart lacht herzlich und erzählt detailreich, wie sehr sie die ersten zwei Jahre Heimweh und Einsamkeit geplagt haben und wie froh sie im Nachhinein ist, dass alles gekommen ist, wie es ist. Nach vielen Jahren der ehrenamtlichen Integrationsarbeit für die eigene Community und für andere Migrantengruppen hat sie die hauptamtliche Stelle in der Stadtverwaltung bekommen. Gerhart ist eine dieser engagierten „Macherinnen". Für sie ist Integration eine Herzensangelegenheit. Die Projekte und Aktivitäten sprudeln förmlich aus ihr heraus.

Auf meine Frage, was Integrationsarbeit erfolgreich macht, denkt sie kurz nach und erwähnt dann genau jene kurzen Wege und engen sozialen Netzwerke, die Befürworter der Unterbringung von Geflüchteten in kleinen Kommunen oftmals anführen: „Goslar ist eine kleine Stadt, wir kennen uns alle, ich kenne jeden Namen! Das Netzwerk hier ist sehr gut, wir Integrationsbeauftragte im Landkreis Goslar treffen uns regelmäßig und tauschen uns aus. Wenn irgendjemand von uns ein Problem hat, helfen die anderen, wir helfen uns gegenseitig." Es sei aber nicht nur das enge Netz der Ehren- und Hauptamtlichen, das die Integrationsarbeit erleichtert, sondern auch der enge Kontakt zu den Geflüchteten. Gerharts Engagement kommt hier eine zentrale Rolle zu. Sie besucht jede neu angekommene Familie in ihrem Zuhause und nimmt einen Dolmetscher mit, wenn sie die Landessprache nicht spricht. „Ich kenne jeden Fall und weiß, wo die Probleme sind. Ich besuche jede neu angekommene Familie. Die Flüchtlinge sehen dadurch, dass sie nicht alleine sind. Und sie kommen mit ihren Problemen zu mir – mit jedem Problem!" Gerhart lacht. „Und natürlich helfe ich, wenn ich helfen kann. Wenn ich nicht selbst helfen kann, vermittle ich. So funktioniert das. Wenn die Flüchtlinge wissen, dass sie Unterstützung bekommen und wir Integration nicht nur auf dem Papier betreiben, dann kommen sie raus aus ihren vier Wänden und bringen sich ein."

Ich muss wieder an ihre eigene Ankunftsgeschichte denken und gewinne den Eindruck, dass der zentrale Punkt

© Galina Gerhart

Syrische Speisen im Hansaseniorenzentrum

tatsächlich ist, frühzeitig auf die „Neuen“ zuzugehen. Außerdem erwähnt sie, dass die Freiwilligenagentur in Goslar auf 200 Aktive zurückgreifen kann. Die Integrationsarbeit vor Ort wird also von vielen Schultern getragen.

Die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl im Kopf, frage ich Gerhart, was man tun könnte, um diejenigen, die nicht mit der Willkommenspolitik einverstanden sind, die sich vielleicht zu wenig gehört fühlen, mitzunehmen. Gerhart überlegt und beschreibt dann drei Projekte, die sich explizit nicht allein an Geflüchtete oder Migrantengruppen richten, sondern Unterstützungsangebote anbieten, die auch für deutsche Bevölkerungsgruppen interessant sind: Im Hansa Seniorenzentrum treffen sich einmal die Woche Bewohnerinnen und Bewohnern mit Geflüchteten aus dem Stadtteil Jürgenohl und einer Gruppe von Behinderten zu einer Kunst- und Kulturwerkstatt, die von einer Künstlerin geleitet wird. Das Projekt wird von der Stadtverwaltung seit Februar 2017 finanziell unterstützt. Auch vom Begegnungscafé *Tre-Re-Le* in einem Nachbarschaftshaus wird jeden Freitag ein Programm angeboten, das eine gemischte Gruppe anspricht. So gibt es nicht nur internationale Kochabende und gemeinsame Stadtführungen durch Goslar, sondern auch Themenabende mit externen Referenten, z. B. zum deutschen Schul- und Hochschulsystem sowie Themenabende mit Lokalpolitikerinnen und -politikern. Diese werden auch von den Gruppen der einheimischen Stadtbevölkerung nachgefragt. Und dann betont Gerhart noch die Brücken bauende Funktion von Sport und Musikprojekten. Diesen beiden Bereichen schreibt sie eine zentrale Rolle zu, wenn es darum geht, Barrieren und Vorurteile abzubauen und Geflüchtete und Einheimische zusammenzubringen. So lebhaft und positiv, wie sie erzählt, möchte ich ihr glauben, dass manche gegenwärtigen Desintegrationsprobleme tatsächlich auf diese Weise gelöst werden könnten.

Mein Gespräch mit Galina Gerhart vergeht wie im Flug. Es ist bereits Mittag. Als ich vor das Rathaus trete, ist der Himmel dunkelgrau und es regnet in Strömen. Mein auf dem Hinweg schnell bei Woolworth erstandener Regenschirm hält den ersten zwei Windböen stand, dann hängt er wie ein Dreizack über meinem Kopf und dreht sich mit den Windböen. Aufsteller fliegen durch die Luft, ich bin nach wenigen Minuten klitschnass. Sturmtief Xavier legt rund um Goslar alles lahm: kein einziger Zug. Aber diese Auskunft erhalte ich erst nach mehreren Tassen heißem Tee im Bahnhofsbistro. Es ist jetzt Abend, und auch ich bleibe länger in Goslar als gedacht.

DR. GABRIELE SCHMIDT
hat Politikwissenschaften und Stadt- und Regionalplanung studiert und anschließend bei Hartmut Häußermann am Institut für Soziologie der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert. Seit 2013 leitet sie die Wissenschaftskommunikation der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).

Tel. +49 0511 3484256
schmidt@arl-net.de

© Galina Gerhart

Gemeinsames Kochen

Literatur

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2016): Migration und Raumentwicklung. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 105.

Aumüller, Jutta/ Gesemann, Frank (2016): Flüchtlinge aufs Land? Migration und Integration im ländlichen Raum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 11/2016, S. 29-34

Brohm, Andreas (2015): Flüchtlinge bieten Chancen für ländlichen Raum. Pressemitteilung vom 10.12.2015. http://www.andreas-brohm.de/fluechtlinge-bieten-chance-fuer-laendlichen-raum-2015-12-10.htm (20.11.2017)

Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017): Flüchtlinge – Zwischen Ankommen und Zusammenleben. Informationen zur Raumentwicklung Heft 2/2017

Dehne, Peter/Knieling, Jörg (2016): Residenzpflicht als Instrument der Raumordnung? In: Nachrichten der ARL 1/2016: S. 5-8

Empirica (2015): Familien aufs Land! Flüchtlinge kommen überwiegend als Familien und sind in der Kleinstadt schneller integrierbar – der Staat muss deswegen lenkend eingreifen. Empirica Paper Nr. 230

Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (2016): Flüchtlinge regional besser verteilen. Ansatzpunkte für einen neuen Verteilungsmechanismus. Köln

Guratzsch, Dankwart (2017): Flüchtlinge aufs Land? Zu schön, um wahr zu sein. In: Die Welt, veröffentlicht am 20.08.2017. https://www.welt.de/debatte/kommentare/article167825578/Fluechtlinge-aufs-Land-Zu-schoen-um-wahr-zu-sein.html (01.10.2017)

Landesamt für Statistik Niedersachsen, vorausberechneter Bevölkerungsstand für den Kreis Goslar. http://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/html/default.asp (17.10.2017)

MDR (2016): Sozialforscher sieht Flüchtlinge als letzte Chance für den ländlichen Raum. MDR-Magazin Exakt, 16.03.2016. http://www.mdr.de/presse/exklusiv/presseinformation-exakt-fluechtlinge-chance-land-100.html (01.10.2017)

Mehl, Peter/ Meschter, Diana/ Neumeier, Stafan/ Osigus, Torsten (2017): Integrationspotenziale ländlicher Räume. In: BBSR (2017): Flüchtlinge – Zwischen Ankommen und Zusammenleben“. Informationen zur Raumentwicklung Heft 2/2017: 88-100

Rosenfeld, Dagmar (2017): Kommt her zu mir! Mittendrin in Goslar: Warum ein Bürgermeister mehr Flüchtlinge aufnehmen will, als er muss. In: Die ZEIT (49), 27.11. 2014. http://www.zeit.de/2014/49/fluechtlinge-goslar-buergermeister (01.10.2017)